

# Kostenbremse bei Jugendhilfe

Trotz steigender Fallzahlen bei Kinderarmut will Stadt Aufwuchs der Kosten stoppen

**HAMM** ■ „Die Stadt Hamm spart nicht bei der Jugendhilfe“, sagte Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann gestern. Bei der Kostenbremse gehe es lediglich darum, den Aufwuchs des Jugendhilfeeats zu stoppen.

In früheren Jahren hätten sich die Kosten Jahr für Jahr um knapp 7 Prozent erhöht. Das seien jeweils etwa 2 Millionen Euro gewesen. Durch konsequentes Umsteuern sei es im Jahr 2013 zum ersten Mal gelungen, die Kostensteigerung auf 1,4 Prozent zu senken. Die Differenz zu den knapp 7 Prozent Kostenstei-

gerungen machten dann 2,1 Millionen Euro aus.

„Wir haben jede Maßnahme auf den Prüfstand gestellt und überlegt, ob es so teuer sein muss“, so Hunsteger-Petermann. „Die Expansion der Kosten konnte nicht immer so weitergehen. Wir müssen die Kostensteigerungen auf ein moderates Maß absenken.“ So seien auch die Zielvorgaben in der mittelfristigen Haushaltsplanung bis zum Jahr 2017 zu verstehen. Demnach soll das Kostenanstieg im Gesamtbudget in diesem Jahr um 4,9 Millionen Euro gedrosselt werden – und bis 2017 summa summarum

um 22,3 Millionen Euro. „Dies sind aber keine Minder Ausgaben“, betonte Hunsteger-Petermann.

Für dieses Jahr sei der Ansatz im Haushaltsplan für den Jugendhilfebereich sogar um 2,7 Millionen Euro auf 95,5 Millionen Euro gestiegen (ein Plus von 3,2 Prozent). „Darin sind die Kosten für die 21 Bildungsbegleiter, die die Stadt Hamm ab 1. Januar voll übernommen hat, noch nicht einmal eingerechnet“, sagte der OB. Dafür seien ja weitere 1,2 Millionen Euro fällig.

Trotz aller Sparsamkeit sei es außerdem gelungen, 2,2 Millionen Euro mehr als im

Vorjahr für die frühkindliche Bildung bereitzustellen. Für die Sozialarbeit in den Brennpunkten im Hammer Norden und Westen stelle die Stadt 1,4 Millionen Euro bereit, für kostenlose Bücher und Lehrmittel im Projekt Elternschule 200 000 Euro und für individuelle Förderung von sozial benachteiligten Kindern 240 000 Euro für „Stark“-Projekte in Tageseinrichtungen.

Die Opposition im Rat misstraut den Rechenkünsten der Verwaltungsspitze und fragt, wie es möglich sein kann, den Kostenanstieg bei gleichzeitig steigenden Fallzahlen dauerhaft zu stoppen. ■ dff